

Ursula Engelen-Kefer

(ehem. Stellvertretende Vorsitzende des DGB)

1. Mai 2013

DGB Kundgebung: Gute Arbeit, Sichere Rente, Soziales Europa

Plauen, Theaterplatz

„Die Bundesrepublik und Europa durchleben die größte Umverteilung von unten nach oben“ stellte Ursula Engelen-Kefer, ehem. Stellvertretende Vorsitzende des DGB bei ihrer Rede am 1. Mai in Plauen fest. Sie forderte, die Verursacher und Nutznießer der Finanzkrisen zur Verantwortung zu ziehen. Erforderlich seien: die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes für die Wohlhabenden, die Wiedereinführung der Vermögensteuer für große Vermögen und eine wirksame Erbschaftssteuer. Dies sei ein Gebot der Gerechtigkeit und erforderlich zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen: von Erziehung und Bildung, über einen verlässlichen öffentlichen Nah- und Fernverkehr bis zu für alle zugänglichen Einrichtungen für Sport und Kultur. „Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten“

Der vierte Armuts- und Reichtum- Bericht der Bundesregierung habe trotz der Verwässerung durch Bundeswirtschaftsminister und FDP Parteivorsitzenden Philip Rösler gezeigt, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander geht. Auch in der Bundesrepublik nimmt die Spaltung der Gesellschaft zu.

Mit bald einem Viertel haben Niedriglöhne und Armut bei Arbeit sowie im Alter in wenigen Jahren Rekordwerte erreicht. Gleichzeitig verfügen die reichsten 10 Prozent der Haushalte über mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens der Bundesrepublik; die gesamte untere Hälfte der Einkommensbezieher nur etwa ein Prozent.

„Wenn junge Menschen in diesem Land nur noch über Praktika, befristete Beschäftigung und Leiharbeit zu Niedriglöhnen eingestellt werden, wie kann dann von ihnen erwartet werden, dass sie die Verantwortung für Familie und Kinder übernehmen.“ so Engelen-Kefer. „Die beste Familienpolitik ist die Reregulierung in der Arbeitsmarktpolitik, eine echte Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Arbeit und in der Familie sowie quantitativ und qualitativ ausreichende Kinderbetreuung“

Die schwarz-gelben Diadochenkämpfe zwischen den Ministerinnen von der Leyen und Schröder sowie der Bundeskanzlerin und die medienwirksamen Heucheleien um die Frauenquote seien umgehend zu beenden. Erforderlich sind sowohl die gesetzliche Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten wie auch ein verbindliches Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.

Zur wirksamen Bekämpfung der Missbräuche bei Leiharbeit, Werkverträgen und Minijobs sei die gesetzliche „Reregulierung“ sowie ein gesetzlicher Mindestlohn nicht unter 8,50 Euro erforderlich. Dabei müsse endlich Schluss sein mit der Diskriminierung der Arbeitnehmer im Osten. „Bald ein Viertel Jahrhundert nach der Deutschen Einheit ist es endlich an der Zeit die gravierende Lohnlücke zwischen Ost und West zu schließen.“

Gestoppt werden müsse der Marsch in die Altersarmut. Rente sei kein Almosen des Staates, sondern ein Rechtsanspruch, der durch oft jahrzehntelange harte Arbeit erworben worden ist. Es ist beschämend, wie immer mehr Rentner mit den Almosen von Armutsrenten abgespeist werden. Dabei spiele es kaum eine Rolle, ob sie einen so klingenden Namen haben wie Zuschuss- oder Lebensleistungsrente. Die Bedingungen seien so hoch gesetzt, dass sie die wirklich bedürftigen Rentner kaum erfüllen können. Notwendig sei die Streichung der willkürlichen Absenkung der Rentenleistungen durch Riester- und Rürup-Renten sowie Nachhaltigkeits- und Nachholfaktoren. Ebenfalls müsse die Rente mit 67 nicht nur aufgeschoben, sondern aufgehoben werden! Zudem sei es höchste Zeit, die gravierende Lücke der Renten Ost zu den Renten West zu schließen. „Wir haben hier zwar das Wort der Bundeskanzlerin seit Jahren - allerdings fehlen die Taten! Die müssen wir mit aller Kraft einfordern!“ so Engelen-Kefer.

Der Kampf gegen den erstarkenden Rechtsradikalismus müsse fortgeführt werden. Das endlose unwürdige Gezerre und die erschreckenden Enthüllungen des Amtsversagens um den in einer Woche beginnenden Prozess gegen Zschäpe und die verheerenden Nazimorde zeige einmal mehr: „Die NPD muss endlich verboten werden. Sie hat keinen Platz in unserer Demokratie.“ Aber genauso entschieden müssen die Ursachen für rechtsradikale Tendenzen in der Gesellschaft beseitigt werden. Dazu gehört auch der Einsatz für die Erhaltung und Zukunftsfähigkeit von Sozialstaat und Demokratie. „Wenn Menschen Erziehung, Ausbildung, Arbeit und Lebensperspektiven verweigert werden, sind rechtsradikale Kräfte eher erfolgreich.“